

NETZTELEGRAMM

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein · Mosel · Saar

März 2014

www.oekumenisches-netz.de

Liebe Leserinnen und Leser des Netz-
Telegramms,

der Papst hat eine Steilvorlage für die Arbeit des Netzes geliefert, aber wie vielleicht einige von Ihnen schon ahnen, haben wir auch daran noch was zu kritisieren – „typisch Netz halt“. Wer dazu mehr wissen möchte, kann sich den Text von Herbert Böttcher in der aktuellen ‚pax-Zeit‘ bzw. auf unserer Webseite anschauen. In diesem Telegramm wird der Papst aber in einer kleinen Polemik gegen die Götzenanbeter des Marktes verteidigt.

Im Leitartikel geht es um die Weiterführung unserer Diskussion um die Entwicklungen in ‚unserer‘ kapitalistischen Welt und die Vorarbeit zur Neuformulierung unseres Grundlagenpapiers „Das Ganze verändern“. Nach der radikalen Kritik an Mehrwert und Markt in den letzten Jahren, der Kritik an (abstrakter) Arbeit im letzten Netztelegramm, geht der Versuch unserer an die Wurzel gehenden Anamnese der kapitalistischen Weltgesellschaft weiter. Dieses Mal ist der Staat dran – und weitere Knackpunkte werden folgen (s. Schaubild rechts).

Neben der neuen Rubrik „Theologische Reflexionen“, Meldungen und Terminen finden Sie schließlich als Extra-Einlage noch den Beitrag unseres Netzes zur Ökumenischen Versammlung, die vom 30.4. bis 4.5.2014 in Mainz stattfindet und zu der Sie herzlich eingeladen sind.

Viel Vergnügen und Erkenntnis bei der Lektüre! Anmerkungen und Anregungen von Mitgliedern und SympathisantInnen (natürlich auch kritische!) zu den Texten sind ausdrücklich erwünscht – dafür vorab besten Dank!

Dominic Kloos

Politik im Kapitalismus

Eine radikale Kritik des ‚Sachzwangs‘ Staat

Bei der letzten Netzversammlung haben wir die Rolle der politischen Form in der Gestalt staatlicher Souveränität und ihres Zerfalls in der Krise des Kapitalismus zum Gegenstand der Diskussion gemacht. Um auch Menschen, die nicht bei der Netzversammlung waren, eine Möglichkeit der Information und Diskussion zu geben, veröffentlichen wir einen Text, in dem die Fäden der Reflexion zusammengeführt werden. Sie greifen auf Arbeiten von Robert Kurz zurück, weil sie uns als hilfreich erscheinen für die Suche nach der Formulierung einer radikalen Kritik des Kapitalismus, die auf seine Überwindung zielt.

Herbert Böttcher/Dominic Kloos

An die Wurzel gehen

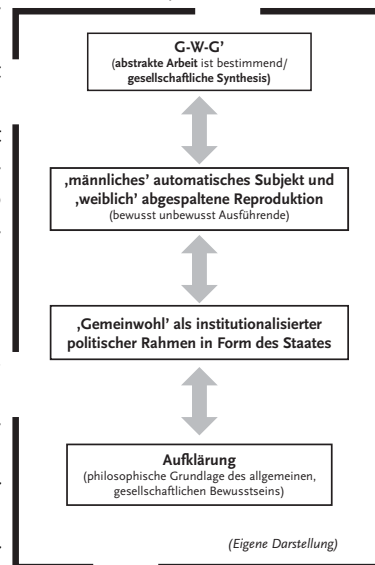
Unter diesem Titel stand die Broschüre zum 20jährigen Netzjubiläum. Versuche, an die Wurzel zu gehen, bestimmen auch weiterhin den Weg des Netzes. Wurzel heißt lateinisch radix. Davon leitet sich unser Wort radikal ab. Radikale Kritik wäre also als eine Kritik zu verstehen, die an die Wurzel geht. Gesellschaftlich ist dies die Frage nach dem, was diese Gesellschaft ‚im Innersten‘ zusammenhält, was sie also konstituiert: der Formzusammenhang von Wert und Abspaltung, Geld, Markt und Staat, Subjekt und Objekt... Dies ist in der langen Geschichte des Kapitalismus so verinnerlicht, dass es gar nicht mehr bewusst ist und so auch nicht Gegenstand der Reflexion sein kann. Und so bewegen sich die meisten Menschen in unserer Gesellschaft von – den ‚normalen‘ BürgerInnen bis zu den Akteuren in Wirtschaft und Politik – ganz selbstverständlich in dieser vorgegebenen Form. Auch Kritik und Forderungen nach Veränderungen werden in der

Regel in diesem Formzusammenhang gesucht. Und so ist auch Kardinal Marx darauf bedacht, die Kapitalismuskritik des Papstes so zu interpretieren, dass sie im Rahmen bleibt, d.h. die Form nicht antastet: Sie sei eben „kein Kampf gegen die

Marktwirtschaft oder eine Abkehr von jeder wirtschaftlichen Vernunft“ (Kardinal Marx: Wider die Dämonen des Kapitalismus, in F.A.S. vom 15.12.2013). Dies schien ihm offensichtlich nötig zu betonen, weil der Papst es gewagt hatte, von einer „Wirtschaft“ zu sprechen, „die tötet“ (Papst Franziskus: Evangelii Gaudium, 2013, Nr. 53). Da wollte Marx die päpstliche Kritik doch vor dem Missverständnis schützen, sie könne den Kapitalismus transzendieren, und so stellte er den

Rahmen klar, in dem sie nur als ‚vernünftig‘ akzeptiert werden kann, d.h. in dem apriori, also im Voraus, bejahten Formzusammenhang von Markt und Staat, der eben auch die Grenzen der Vernunft diktiert.

Anamnese der ‚eisernen‘ Fetischform





Radikale Kapitalismuskritik folgt einem anderen Marx – jenem Karl aus Trier, der Markt und Staat nicht blind voraussetzte, sondern zum Gegenstand der Kritik machte. Diese Kritik ist umso dringlicher, als der so selbstverständlich vorausgesetzte, die kapitalistische Gesellschaft konstituierende Formzusammenhang Veränderungen unmöglich macht. In diesem Formzusammenhang erscheint der Staat als politischer Gegenpol zum Markt. Und so richten sich viele Forderungen an die Politik. Gefordert werden soziale Gerechtigkeit gegen Sozialabbau, Recht gegen Repression, Friedenspolitik gegen immer neue Kriege... Solche Forderungen sind getragen vom Vertrauen in den politischen Willen. Wenn die Politik will, dann kann sie auch. Und wenn der politische Druck groß genug ist, dann wird sie auch.

Die Erfahrung seit etwa Mitte der 1970er Jahre zeigt jedoch, dass die Politik immer konsequenter das Gegenteil von dem betreibt, was Gruppen fordern, die an einer humanen Orientierung der Politik interessiert sind. Immer weiter verschärft werden Sozialabbau verbunden mit Repression gegen angebliche ‚Arbeitsverweigerer‘ und ‚Parasiten‘ (Wolfgang Clement) im Innern und gegen Flüchtlinge vor allem an den Außengrenzen, Kriege fast überall auf der Welt usw. – und das alles wesentlich vorangebracht von der einstmaligen ‚roten‘ und ‚grünen Opposition‘. Da hilft kein ‚Wollen‘ und kein ‚Beten‘, sondern nur die Frage, was denn diesen Entwicklungen als Rahmen (Form, stählernes Gehäuse, Gefängnis...) zugrunde liegt. Und im Zusammenhang dieser Frage kann dann Beten mehr helfen als Forderungen an die Politik, weil Beten einen den herrschenden Formzusammenhang sprengenden Horizont eröffnen kann: den des Reiches Gottes und seiner Gerechtigkeit.

Aber vor das Beten scheint Gott die ‚radikale Kritik‘ gesetzt zu haben. Wer um Gott und sein Reich betet, wird sich damit beschäftigen müssen, was denn dem Lauf dieses Reiches im Wege steht, welche Götzen – Fetische und Fetischzusammenhänge – dazu treiben, dass nicht nur „diese Wirtschaft“, sondern auch diese Politik „tötet“.

‚Vater‘ Staat

Damit gerät auch der Staat in den Fokus radikaler Kritik. Sie zerstört idyllische Vorstellungen, wie sie im Bild vom ‚Vater‘ Staat zum Ausdruck kommen: Der Staat ‚sorgt‘ für soziale Sicherheit, für Gesundheit und Bildung, für Sicherheit durch Polizei nach innen und das Militär nach außen. Die Gewaltenteilung schafft Rechtssicherheit und garantiert die Demokratie. In dem ‚freien Spiel‘ der politischen Kräfte konkurrieren Parteien, Verbände, Kirchen etc. um Einfluss und Beteiligung an politischer Macht, also darum, wer in der demokratischen Auseinandersetzung, seinen politischen Willen durchsetzen kann. So ungefähr könnte es in einem Lehrbuch für Sozialkunde stehen.

Leider entspricht die miese Realität jedoch nicht den Idealen der Lehrbücher. Da gibt es dann für die von ihnen Belehrteten zwei Möglichkeiten: Sie können angesichts der betrüblichen Realität die hehren Ideale einklagen – bis sie sterben oder ihre Köpfe wund geworden sind von den Mauern, gegen die sie ständig angerannt sind. Sie können aber auch anfangen darüber zu reflektieren, woher denn die eigentümliche Machtlosigkeit der Ideale gegenüber der Realität kommt, warum der Staat nicht einfach väterlich sozial, sondern auch repressiv und autoritär, nicht nur demokratisch, sondern auch kriegerisch reagiert, und dabei das Völkerrecht mit Füßen tritt,

gegen Potentaten Kriege führt oder mit ihnen gemeinsam Sache macht – je nach Opportunität.

Dann könnte das entdeckt werden, was in den Lehrbüchern und von den LehrerInnen der Sozialkunde verschwiegen wird: Der Staat hat wirtschaftliche Voraussetzungen. Er kann sozial und politisch nur steuern, wenn er Steuern einnimmt. Im Klartext: der Staat ist von der Wertschöpfung abhängig und damit vom immer schon vorausgesetzten Wertgesetz, das wiederum Wert und Abspaltung, abstrakte Arbeit, den Fetisch des Geldes usw. beinhaltet (vgl. dazu ausführlich <http://oekumenisches-netz.de/Broschuere.pdf> und <http://oekumenisches-netz.de/NT13-02.pdf>). Der Staat hängt am Tropf der Wertschöpfung. Er kann nur in dem Rahmen steuern, den das Wertgesetz zulässt. Da hilft es auch nichts, bei fehlenden Steuereinnahmen einfach einmal die Steuern zu erhöhen. Damit würde der Staat genau die Quelle überbelasten oder zerstören, von der er ‚lebt‘. Deshalb sieht er sich – angesichts der ‚Sachzwänge‘, die von der Polarität von Markt und Staat gesetzt sind – eher noch gezwungen, die Steuern zu senken, um die Wertschöpfung wieder in Gang zu bringen, die ja die Grundlage allen staatlichen Handelns ist. Dem viel gepriesenen Primat der Politik sind also enge Grenzen gesetzt und damit auch allen Versuchen, auf sie Einfluss zu nehmen. Vielmehr wird die innere Logik der ‚Sachzwänge‘ deutlich: Die Krisen des ‚Marktes‘ führen zu Krisen des Staates. Das Primat der Politik wird zur Krisenverwaltung verbunden mit wachsender Repression und die Demokratie wird ganz demokratisch zur Diktatur – wie wir es in Deutschland im Nationalsozialismus erlebt haben.

Die Politik ist weder unschuldig noch autonom. Sie ist „die Fortsetzung der ökonomischen Konkurrenz mit anderen Mitteln, wie der Krieg (nach einem Wort von Clausewitz) die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist“ (R. Kurz: Weltordnungskrieg. Das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung, 2003, S. 15). Im Kapitalismus stehen also Wirtschaft, Staat und Politik in einem engen Zusammenhang, der nicht zufällig, sondern konstitutiv ist. Staat ist deshalb keine von der Ökonomie getrennte politische Sphäre, sondern bildet – in polarer Einheit mit der Ökonomie und damit auch in relativer Autonomie – den durchaus gewaltorientierten Rahmen für eine kapitalistische Gesellschaft. Diese kategoriale Bestimmung des Staates (im Sinne einer wesentlichen Grund-

aussage über die Bedeutung des Staates im Rahmen bzw. Formzusammenhang der kapitalistischen Gesellschaft) wird besonders im Blick auf die Phase der Durchsetzung des Kapitalismus deutlich. Die gleichsam anamnetische Rückfrage nach der historischen Konstitution des Staates einschließlich ihrer philosophischen Legitimation reinigt und öffnet den Blick für die Analyse und notwendige radikale Kritik des Staates angesichts der Krise des Kapitalismus, die wir gegenwärtig erleben.

Im Anfang war die Rettung durch ein Ungeheuer

Thomas Hobbes (1588-1679) lässt den Staat aus dem Tierreich entstehen, genauer gesagt aus einem ‚Naturzustand‘, den er als „Krieg aller gegen alle“ beschreibt. In dieser Natur sind die Menschen Tiere, nämlich Wölfe, die übereinander herfallen. Die Bestimmung ‚Der Mensch ist des Menschen Wolf‘ (homo homini lupus) wird in Hobbes Naturmetaphysik zur Wesensbestimmung des Menschen. Damit ist der Naturzustand ein Kriegszustand. Darin folgen die Menschen nur ihrem – ‚natürlich‘ mit Gewalt verbundenen – Selbsterhaltungstrieb und betreiben einen ‚Krieg aller gegen alle‘. Die Rettung aus einem selbstzerstörerischen Zustand kommt von einem biblischen Seeungeheuer, dem Leviathan. An dieses Ungeheuer treten die menschlichen Wölfe oder auch die wölfischen Menschen einige ihrer ‚Rechte‘ ab, damit ihr Leben und ihr Eigentum gesichert werden können. Der Preis, den sie dafür zahlen, ist die vertragliche und aus ‚freiem Willen‘ geleistete Abgabe ihrer Handlungsfreiheit an dieses Ungeheuer, das zum Staat wird, nämlich zu jener die Vernichtungskonkurrenz der Wölfe zusammenfassenden und allein souveränen, d.h. mit Entscheidungsgewalt über die Wölfe ausgestattete, Instanz. Vertrag und ‚freier Wille‘ begründen ein ‚freiwilliges‘ Verhältnis der Unterwerfung „unter eine zentrale Gewalt, also auch ein Gewaltverhältnis“ (R. Kurz: Es rettet auch kein Leviathan. Thesen zu einer kritischen Staatstheorie. Erster Teil, in: EXIT! Krise und Kritik der Warengesellschaft, S. 31). So ist es nur konsequent, wenn „Hobbes das Resultat des angeblichen Vertrags mit dem Namen des biblischen Ungeheuers ‚Leviathan‘ belegt. Der Staat steht nicht jenseits der universellen Konkurrenz, sondern er bildet das Monstrum ihrer zusammenfassenden, nach innen domestizierenden Instanz, während er sie gleichzeitig mit anderen, mörderischen Mitteln im Außenverhältnis fortsetzt“ (ebd.).

Was heißt Souveränität?

Souveränität – das Prinzip aller modernen Staatsformen vom Absolutismus bis heute – gründet in der Entscheidungsgewalt gegenüber den Wölfen. Ihre Aufgabe ist es, die Konkurrenz der Wölfe so zu zügeln, dass sie im ‚Krieg aller gegen alle‘ nicht sich selbst zerstören. Schon vor Hobbes hatte Jean Bodin (1529-1596) das Prinzip der (nationalen) Souveränität formuliert. Unter Souveränität versteht er „die absolute und dauernde Gewalt eines Staates“, die „nur dem göttlichen Gebot und dem Naturrecht unterworfen ist“ (Jean Bodin: Über den Staat, 1976 (zuerst 1583), zitiert nach R. Kurz: Weltordnungskrieg, S. 282f). Souveränität ist ‚von oben‘ legitimiert. Das ‚Oben‘ ist in den demokratischen Staaten nicht mehr Gott. An seine Stelle ist das Volk getreten, von dem – nach dem Wortlaut der Verfassungen – alle Gewalt ausgeht. Aber auch diese scheinbare Souveränität ‚von unten‘ hat einen Souverän über sich, keinen Gott, sondern einen Fetisch: das Gesetz der Verwertung des Werts als irrationalen Selbstzweck. An die Stelle der die Souveränität ‚von oben‘ legitimierenden Autoritäten tritt nicht Souveränität ‚von unten‘, sondern ihre Versachlichung in Gestalt des Wertgesetzes, das uns dann in den sattsam bekannten Sachzwängen und Alternativlosigkeiten begegnet. Gegenüber dem Apriori des Wertgesetzes und der mit ihm verbundenen Staatlichkeit ist das Volk gerade nicht souverän. Im Gegenteil, es ist vom ‚Wert‘ abhängig, und auch staatliche Souveränität gibt es nur im Einklang mit den Rahmenbedingungen, die vom Gesetz der ‚Verwertung des Werts‘ abgesteckt sind.

Staatliche Souveränität ist dabei untrennbar mit einem Territorium, also mit Nationalstaatlichkeit, verbunden und findet ihren greifbarsten Ausdruck im Gewaltmonopol. Sie setzt den territorialen und rechtlichen Rahmen für den Verwertungsprozess des Kapitals. In diesem Rahmen sind die Menschen dem Wertgesetz und der Herrschaft ‚abstrakter Arbeit‘ unterworfen. Nachdem die Systemzwänge erfolgreich verinnerlicht und Alternativen nicht mehr denkbar sind, erscheinen Unterwerfung unter das Wertgesetz als „wirtschaftliche Vernunft“ (Reinhard

Marx), Rechtlosigkeit als Recht und Unterwerfung als Freiheit.

Der Wert und der Staat sind strukturell männlich

Der Kapitalismus ist nicht allein aus der Logik des Werts begreifbar. Denn auch im Kapitalismus müssen Kinder erzogen, Haushalts- und Pflégetätigkeiten verrichtet werden. Produktion ist nicht ohne Reproduktion zu haben. Der Wert und die Abspaltung des weiblich konnotierten Bereichs der Reproduktion gehen aus dem jeweils anderen hervor, sie stehen in einer dialektischen Beziehung, wobei die Abspaltung nicht dem Wert untergeordnet ist – sie sind ‚gleichursprünglich‘. Allerdings ist die Abspaltung „der verschwiegene Hintergrund der Wertbewegung“ (E. Böttcher: Die Kapitalismuskritik des Netzes ist ergänzungsbedürftig, 2012, S. 23, <http://oekumenisches-netz.de/Broschuere.pdf>) und geht mit einer strukturellen Abwertung des Weiblichen einher: Bestimmte minder bewertete Eigenschaften wie Emotionalität, Sinnlichkeit, Charakter- und Verstandesschwäche „werden in ‚die Frau‘ projiziert und vom männlichen Subjekt abgespalten, das sich als stark, durchsetzungsfähig, konkurrenzfähig, leistungsfähig usw. konstruiert“ (R. Scholz: Neue Gesellschaftskritik und das Problem der Differenzen, in: EXIT! Krise und Kritik der Warengesellschaft 1/2004, S. 17).

Trotz der Integration von Frauen in die ‚abstrakte Arbeit‘ (allerdings meist schlechter bezahlt und selten in Führungspositionen), der gesellschaftlich abnehmenden Difamierung gegenüber ‚Hausmännern‘ und der demokratischen Wahlerlaubnis für Frauen, ist das „geschlechtliche Abspaltungsverhältnis (...) im Kern bis heute erhalten



Titelblatt von Hobbes' Leviathan.

geblieben, weil in die kapitalistischen Kategorien selbst eingeschrieben“ (Kurz: Es rettet Euch kein Leviathan I, S. 32). Nicht nur der Markt sondern auch der Staat ist männlich konnotiert, während das Private eher ‚weiblich‘ bleibt. „Die später verniedlichend als ‚Vater Staat‘ apostrophierte Instanz der politischen Zusammenfassung, bei Hobbes noch unverblümt als patriarchales Ungeheuer figurierend, sollte ihre souveräne Legitimation auf Basis der männlichen Eigentümer beziehen, die sich ihrerseits durch ‚Arbeit‘ legitimierten. Frauen konnten zumindest im Prinzip keine Eigentümer sein (auch wenn sich diese Bestimmung durch das Familien- und Erbrecht relativierte) und damit auch keine Staatsbürger. (...) Der Leviathan kann seinen patriarchalen Charakter ebenso wenig abstreifen wie die Formen des Kapitals, auf die er bezogen ist“ (ebd., S. 32f.).

Die Geburt des Leviathan aus der Kanone

Die Moderne ist auch alles andere als ‚zivilisiert‘. Das zeigen nicht nur die Geschichte des letzten Jahrhunderts und die Gegenwart. Die Blutspuren ihrer Gewalt reichen zurück in ihre Entstehung und die mit ihr verbundene Staatenbildung. Im Kern geht sie zurück auf die militärische Revolution der Produktion von Feuerwaffen (Vgl. R. Kurz: Der Knall der Moderne. Innovation durch Feuerwaffen, Expansion durch Krieg: Ein Blick in die Urgeschichte der abstrakten Arbeit, in: ders.: Weltkrise und Ignoranz. Kapitalismus im Niedergang, 2013, S. 88-108).

Feuerwaffen wurden im Zusammenhang des Ausbaus von Bergbau und Eisenverhüttung im frühmodernen Europa erstmals protoindustriell produziert. Dies ging mit wachsendem finanziellem Bedarf einher, denn immer mehr stehende Heere waren mit Feuerwaffen auszurüsten. Kanonen und ihr Bedarf konnten im Gegensatz zu Schwertern, Helmen etc. nicht mehr vom Dorfschmied hergestellt werden und die vormals dezentralen Gesellschaften wurden immer mehr zentralisiert. „Das Mordwerkzeug war plötzlich überdimensional geworden und überstieg den Rahmen der menschlichen Verhältnisse (dezentrale, agrarische Naturalwirtschaft, Anm. Autoren). In der Kanone finden wir also gewissermaßen den Archetypus der Moderne, nämlich das Werkzeug, das seinen Schöpfer zu beherrschen beginnt“ (ebd., S. 95).

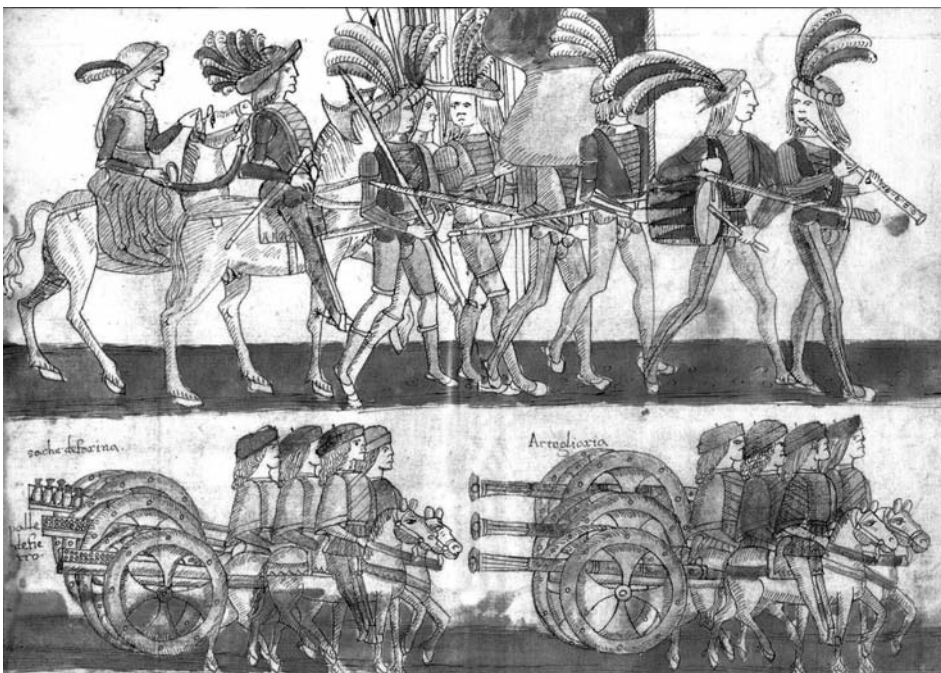
Die Armee wurde eine ständige Einrichtung und das Soldatentum ein spezialisierter Berufsstand (die ersten ‚Jobs‘). Die Armeen wurden aber nicht nur größer, sondern auch teurer. Die Kosten für Waffen und Armeen stiegen ebenso wie für die Schäden, die sie anrichteten. Dies führte dazu, dass die Finanzierbarkeit der gesellschaftlichen Reproduktion über die Grenzen der agrarischen Naturalwirtschaft hinauswuchs. Und damit wuchs der Bedarf an Geld. So ist es kein Zufall, dass sich die Ausdehnung des Militärapparates mit der Ausdehnung der Vermittlung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch Geld verband: mit der Verwandlung der Naturalleistungen in Geldsteuern und deren Ein-

treibung durch Steuerpächter und vor allem mit der von den Fürsten in die Hand genommenen Bildung von Produktionsunternehmen außerhalb der Gilden und Zünfte. Sie dienten nicht mehr dem Zweck der Bedürfnisbefriedigung, sondern zielten auf Geldbeschaffung durch Produktion für einen anonymen Markt und – weil sich noch zu wenig ‚freiwillige‘ billige Lohnarbeiter für den Irrsinn abstrakter Arbeit fanden – wurden von den Prototypen des freien Unternehmertums Sträflinge, Geistesranke und Sklaven als ZwangsarbeiterInnen eingesetzt.

Reproduktion wurde in Geldvermehrung verwandelt. Der Begriff Ökonomie zielt von seiner Wortbedeutung her (oikos = Haus bzw. Haushalt) auf die wirtschaftliche Versorgung eines Hauses mit den zum Leben notwendigen Gütern. Unter dem Druck, Geld für die Produktion von Feuerwaffen zu beschaffen, wird der Haushalt des Fürsten zu dem Haushalt, der die Reproduktion flächendeckend in Geldvermehrung verwandelt. Aus privater Ökonomie wird nun ‚politische Ökonomie‘ (Antoine des Montchretien). Die auf abstrakten Reichtum ausgerichtete Ökonomie der Vermehrung von Geld als Selbstzweck ist also politisch über den Haushalt des Fürsten bestimmt. Der Staat ist nicht einfach Gegenpol zur Ökonomie. Letztere ist durch die Politik konstituiert und kann auch in der weiteren Entwicklung nicht ohne ihren polaren Partner, den Leviathan, existieren. „Insofern sind Staat und Kapital gleichursprünglich aus einer Wurzel entstanden und bedingen sich wechselseitig als zwei Seiten desselben Verhältnisses“ (Kurz: Es rettet euch kein Leviathan I, S. 34).

Mit der ‚politischen Ökonomie‘ etablieren sich absolutistische Staatsapparate. In den frühmodernen Kriegen um die Bildung staatlicher Territorien prallen sie gewaltsam aufeinander. Zudem schaukeln sich Rüstungsökonomie und Kolonialismus gegenseitig hoch. Der Einsatz von Feuerwaffen wird zur wesentlichen Grundlage für die Erfolge kolonialer Eroberungen. Zugleich befördern sie den Geldhunger; denn der Transit über den Atlantik verschlingt ebenso wie der Bau riesiger Flotten Unsummen von Geld.

In den weiteren Entwicklungen löst sich der abstrakte Selbstzweck aus seiner starren staatlich-militärischen Hülle und liberalisiert sich. Aus dem Zweck der Geldvermehrung für das Militär wird die Geldvermehrung als Selbstzweck. Aber auch der zur totalen Konkurrenz entfesselte ‚freie Markt‘ kann nicht ohne Staat existieren – nicht ohne staatlich garantiertes Eigentum und Vertragsrecht, nicht ohne staat-



liche Repression gegen die ‚Überflüssigen‘ und ‚Unwilligen‘. Und schon gar nicht kann er ohne die robuste Faust des Militärs Einflussphären und Funktionsfähigkeit in der Krise des Kapitalismus sichern.

Markt und Demokratie, oder: Die ‚unsichtbare Hand‘ und der ‚allgemeine Wille‘

Heute sind die kategorialen Grundlagen des Kapitalismus so vordergründig, dass sie unbezweifelbar vorausgesetzt werden, ja dass als unvernünftig erscheint, wer es wagt, an Markt und Demokratie zu zweifeln. In seiner Durchsetzungsphase bedurfte der Kapitalismus jedoch der Legitimation. Sie besorgte die Philosophie der Aufklärung. Mit ihr verklärte sich die despotische Ursuppe des Kapitalismus zu Allgemeinwohl und politischer Freiheit.

Vom Leviathan zum ‚allgemeinen Willen‘

Den Begriff des ‚allgemeinen Willens‘ konstruierte Jean-Jacques Rousseau im Rahmen seines berühmten „Gesellschaftsvertrags“. Er wirkt emanzipatorisch, weil er einen Prozess vorauszusetzen scheint, in dem freie Individuen sich in einem Vertrag darauf verständigen, wie sie zusammen leben wollen. Vor diesem Hintergrund wird auch heute nach einem neuen ‚Gesellschaftsvertrag‘ gerufen. Er soll angesichts der Krisenerscheinungen das gesellschaftliche Zusammenleben auf eine neue Grundlage stellen, die das Gemeinwohl zum Ziel hat.

Mit solchen Vorstellungen hat Rousseaus Rede vom ‚allgemeinen Willen‘ nichts gemein. Dies kommt nicht zuletzt darin zum Ausdruck, dass er ihn vom ‚Willen aller‘ als Verständigung über partikulare Interessen in einem mehrheitlich definierten Allgemeinwohl unterscheidet. Der ‚allgemeine Wille‘ greift vielmehr auf ein Prinzip zurück, das dem Willen der einzelnen vorausgeht, also apriori und transzendental bestimmt ist. Dieses dem einzelnen und seinem Willen vorausgesetzte Prinzip als eine Art ‚göttlicher Gesetzgeber‘ ist nichts anderes als die gesellschaftlich vorausgesetzte Wertform, die Unterwerfung der Gesellschaft unter den Selbstzweck der Vermehrung von Geld. Individuelle Freiheit und staatliche Souveränität sind damit immer schon an den vorausgesetzten irrationalen Selbstzweck gebunden. Er erscheint als ‚Allgemeinwohl‘.

Gegenüber Hobbes erzwingt nun nicht mehr ein leviathanischer Despot von außen den

gesellschaftlichen Zusammenhang. Vielmehr beginnen die Individuen sich den ‚äußeren‘ despotischen Souverän ‚zu eigen‘ zu machen. Der gesellschaftliche Zusammenhang erscheint nicht mehr willkürlich erzwungen, sondern als Willensform, als allgemeiner Wille. Unterwerfung wird zur Freiheit, zur Selbsterwerfung unter ein abstraktes Prinzip.

Die Konkurrenz der Wölfe wandelt sich in ‚allgemeinen‘ Wohlstand

Während Rousseau ein Allgemeinwohl nach der staatlich-politischen Seite hin bestimmt, tut dies Adam Smith nach der ökonomischen Seite hin. In der Marktfreiheit der Konkurrenten agiert sich keine wölfische Konkurrenz getragen von individueller Willkür aus. Vielmehr verwandelt die ‚unsichtbare Hand‘ des Marktes die partikularen Interessen der Konkurrenten in ein Allgemeinwohl, das sich in allgemeiner Wohlfahrt, dem Wohlstand der Nationen, auswirkt. Die freie Konkurrenz zerstört nicht, sondern fördert rationale Arbeitsteilung und rationalen Umgang mit Ressourcen zum Wohle aller.

Begründet Rousseau für die Seite des staatlichen Pols Staatlichkeit und Rechtsform in einem dem Willen aller vorausgesetzten Prinzip, dem allgemeinen Willen, so tut dies Smith nach dem Pol der – jedoch auf den Markt verkürzten – Ökonomie hin. Ökonomische Freiheit wird zur Unterwerfung unter die Marktgesetze. Ökonomische Vernunft ist Kalkulation nach den Gesetzen des Marktes. Die Produktion ist auf den Tauschwert, d.h. die Verwandlung der Waren in Geld auf dem Markt und damit auf Kaufkraft – und nicht auf Bedürfnisse – hin ausgerichtet.

Die polare Einheit von Ökonomie und Politik

‚Unsichtbare Hand‘ und ‚allgemeiner Wille‘, der Mensch als in der Konkurrenz agierender ‚homo oeconomicus‘ (bourgeois) und ‚ziviler‘, politisch handelnder ‚homo politicus‘ (citoyen) und damit die Sphären von Ökonomie und Politik sind Pole eines objektivierten gesellschaftlichen Zwangszusammenhangs, der auf die Produktion abstrakten Reichtums im Rahmen des irrationalen Selbstzwecks der Kapitalvermehrung ausgerichtet ist. Marx beschreibt diesen Zusammenhang als ‚automatisches Subjekt‘. Er bedarf eines bewussten Handlungsträgers, der Subjekte. Das Bewusstsein bewegt sich aber lediglich im Rahmen der mit ‚allgemeinem Willen‘ und ‚unsichtbarer Hand‘ vorausgesetzten Binnenrationalität.

Dieser Mechanismus bedarf sowohl der ‚unsichtbaren Hand‘ als auch des nun zum ‚allgemeinen Willen‘ gewordenen Leviathan. Die Waren gehen schließlich nicht von selbst auf den Markt, sondern bedürfen sie produzierender und zu Markte tragender Subjekte. Zudem braucht es die Absicherung durch garantierte Eigentums- und Vertragsverhältnisse. Und umgekehrt setzen Staatlichkeit und Rechtsform die ‚unsichtbare Hand‘ voraus. Ohne Wertschöpfung haben sie nichts zu regulieren und nichts zu steuern. Es fehlt ihnen gleichsam die Substanz ihrer Existenz. Dem ökonomischen Zwangsverhältnis – konstituiert durch die abstrakte Arbeit – entspricht das politische Zwangsverhältnis – konstituiert durch den staatlichen Souverän.

Weil Ökonomie und Politik nur in polarer Einheit existieren können, müssen sie auch beide überwunden werden. Das Wechselspiel zwischen ‚ökonomischer Freiheit‘ und ‚staatlicher Steuerung‘, zwischen Liberalismus und Etatismus bewegt sich innerhalb der polaren Einheit. Die Spielräume für dieses Wechselspiel werden angesichts der Krise des Kapitalismus immer enger. Der Verlust an Spielräumen zeigt sich in der alternativ- und perspektivlosen Krisenverwaltung bis hin zu staatlichen Zusammenbrüchen samt ihren Folgen von Plünderungsökonomien, Flucht, Kriegen und globaler Barbarisierung.

Zurück zu den Anfängen?

Souveränität begründet ein Gewaltverhältnis. Gedanklich ist es im Kontext aufgeklärten Denkens aus Hobbes‘ Naturzustand als ‚Krieg aller gegen alle‘ geboren. Durchgesetzt hat es sich in einem blinden historischen Prozess, geboren aus der Innovation der Feuerwaffen, dem „Knall der Moderne“ (Robert Kurz). Am Anfang der Moderne ist das Gewaltverhältnis nach innen sichtbar in den Produktionsstätten des Todes, in den Armen- und Arbeitshäusern, in denen die abstrakte Arbeit buchstäblich in die Menschen eingepflegt wurde. In der Verlaufsgeschichte entlädt es sich ‚nach außen‘ im Kolonialismus und in den von den Nationalstaaten gegeneinander geführten imperialistischen Kriegen. In der Phase des durchgesetzten Fordismus konnte es sich hinter der Fassade von Wohlstand und Demokratie verstecken.

Kapitalismus in der Krise

Gegenwärtig stößt der Kapitalismus auf die Grenze, die er durch das Schaffen neuer Akkumulationsmöglichkeiten nicht mehr überwinden kann. Bereits Marx hatte auf die



dem Kapitalverhältnis innewohnende logische Schranke hingewiesen. Demnach zwingt die Produktion in der Konkurrenz zu immer neuen technischen Innovationen und gleichzeitig zur Entsorgung und Verbilligung der Arbeit. Mit produktiver Arbeit aber entsorgt der Kapitalismus zugleich seine eigene Grundlage: die Arbeit als die für die Produktion von Wert und Mehrwert notwendige Substanz. Mit der mikroelektronischen Revolution erreicht die logische Schranke auch ihre historische Grenze, insofern auf ihrer Grundlage mehr wertbildende Arbeit entsorgt wird als durch die Ausweitung von Märkten neue kreiert werden kann. Der Kapitalismus erreicht die Grenze seiner Reproduktionsfähigkeit und kann nur ‚auf Pump‘ am Laufen gehalten werden. Das auf den Finanzmärkten oder von den Notenbanken kreierte Geld ist ohne realen Wert und vom Platzen der sich immer wieder neu bildenden Blasen bedroht. Eine staatliche Rettungsaktion und eine noch größere Staatsverschuldung wie nach dem Platzen der Immobilienblase 2008 dürfte kaum ein zweites Mal möglich sein, zumal keine Aussichten darauf bestehen, dass die Schulden durch reale Wertschöpfung beglichen werden können. Mit dem Schwinden der Arbeitssubstanz schwindet die Reproduktionsfähigkeit des Kapitalismus. Der Zusammenhang von Arbeit, Ware und Geld droht auseinander zu reißen bzw. kann nur noch unter immer größeren Zumutungen hergestellt werden.

... und die Krise der Souveräne

Da die staatlichen Souveräne nun einmal am Tropf der Wertschöpfung hängen, zieht die Krise der Wertschöpfung und die Einbrüche ihrer Kompensationen durch spekulative Geld-

vermehrung die Krise der Souveräne nach sich. Sie zeigt sich in den mit chronischer Geldnot verbundenen Spar-Sadismen, deren Opfer zuerst die Menschen werden, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind. In vielen Teilen der Welt kommt es zum Zerfall der staatlichen Souveräne und ihre Auflösung in Plünderungsökonomien, in denen Banden als Zerfallsprodukte staatlicher Souveränität um Verteilung von Ressourcen und Ruinen kämpfen. Die Zerfallsprodukte bedrohen die Funktionsfähigkeit des globalen Kapitalismus: den Zugang zu Ressourcen, Handelswege, Sicherheit von Vertragspartnern... Nicht zuletzt erscheinen MigrantInnen – in die Flucht getrieben, weil sie ihr Leben in der Heimat immer weniger reproduzieren können – als Bedrohung für die Stabilität der kapitalistischen Veranstaltung. In der sich verschärfenden Krise tritt der Leviathan, der hinter der Fassade von Markt und Demokratie für immer verschwunden schien, in Gestalt sich verschärfender Repression und der die ‚unsichtbare Hand‘ des Marktes sichernden sichtbaren Faust des Militärs wieder deutlich in Erscheinung. Der Souverän, der aufgrund der Krise der Wertschöpfung immer weniger einen sozialen Zusammenhang herstellen kann, kompensiert dieses Defizit durch wachsende Repression. ‚Nach innen‘ zeigt sie sich in der Repression gegen Arbeitslose (Hartz IV) und Flüchtlinge bis hin zur rabiaten Entsorgung von Obdachlosen aus den Innenstädten; ‚nach außen‘ in immer neuen Militäreinsätzen.

Zerfall der Rechtsform in den neuen Kriegen

Die Entleerung der Wertform durch das Abschmelzen der Arbeitssubstanz entleert auch die Staatsform und mit ihr die vom

Staat getragene Rechtsform. Im Zusammenhang der neuen Kriege wird der Zerfall der Rechtsform im Bruch des Völkerrechts sichtbar. Die Preisgabe von Souveränität und Recht zeigt sich auch darin, dass mit den Zerfallsprodukten staatlicher Souveränität Beziehungen in Form von Verhandlungen oder Verträgen von gleich zu gleich aufgenommen werden – wenn es sein muss in wechselnden Bündnissen. So konnten Taliban und Saddam Hussein von verhätschelten Partnern der Demokratien zur Personifikation des Bösen werden, das ausgerottet werden muss. Im verzweifelten Kampf um Selbstbehauptung wird tendenziell jedes Mittel recht: Bruch der Menschenrechte, sogar ein ‚bisschen Folter‘ in Guantanamo, der Einsatz von Drohnen in Pakistan ohne Zustimmung des staatlichen Souveräns etc. Verschärft wird die Tendenz zur Rechtlosigkeit durch die Privatisierung des Gewaltmonopols sowie die Korruption politischer Akteure und Institutionen und darin des demokratischen ‚Nomos‘ (=Begriff/Gesetz). „Wie das Gewaltmonopol, so verflüssigt und zersetzt sich auch der bürgerliche Begriff von Recht und Gerechtigkeit, wenn der Himmel der Souveränität einstürzt“ (Kurz: Weltordnungskrieg, S. 304).

Das Lager – Ort ‚einschließender Ausschließung‘ im Ausnahmezustand

Das Lager – gegenwärtig im Bewusstsein als Flüchtlingslager und in der Erinnerung präsent als Konzentrationslager – begleitet Logik und Geschichte des Kapitalismus insgesamt. In der Frühmoderne begegnet es uns in der Gestalt des Hauses – vor allem als Armen- und Arbeitshaus, als ‚Haus des Schreckens‘, in denen Menschen die Bereitschaft zur Veräußerung abstrakter Arbeit eingepreßt wurde. In den Modernisierungs- und Krisendiktaturen erscheint das ‚Haus des Schreckens‘ als Lager – als Arbeitslager und Flüchtlingslager, als Straflager bis hin zum Vernichtungslager im Nationalsozialismus. Es steht für einen Raum ‚ausschließender Einschließung‘ (Robert Kurz). In ihm sind Menschen aus dem gesellschaftlichen Lebenszusammenhang ausgeschlossen und zugleich eingeschlossen in einen Raum von Zwang und Menschenverwaltung.

Es markiert einen Raum, in dem der staatliche Souverän über Menschen den Ausnahmezustand verhängt. In ihm werden Menschen auf das ‚nackte Leben‘ reduziert und ihrer Rechte beraubt. Der Rechtsphilosoph Carl Schmitt hatte in der Zeit zwischen den

beiden Weltkriegen die Theorie des Ausnahmezustands entwickelt und mit ihr die Begründung von Souveränität verbunden. „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet“ (Carl Schmitt: Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre des modernen Souveräns, 1993 (zuerst 1922), S. 11) – so die Schmitt'sche Kurzformel. Im Nationalsozialismus wurde der Ausnahmezustand zum Normalzustand. Die Wahrheit des mit dem Ausnahmezustand gesetzten Rechts ist nicht inhaltlich begründet, sondern in der Autorität dessen, der es setzt. Es ist voraussetzungsloser ‚Wille zur Macht‘. Das was hinter dem ‚Willen zur Macht‘ steht, ist jedoch die Irrationalität des Selbstzwecks der Verwertung von Wert (im Rahmen der ‚unsichtbaren Hand‘ und des ‚allgemeinen Willens‘) und das Funktionieren der zu ihm gehörenden gesellschaftlichen Maschinerie, eben jenes ‚automatischen Subjekts‘ von dem Marx gesprochen hatte¹.

Der Ausnahmezustand ist jedoch insofern nicht einfach eine ‚Ausnahme‘. Robert Kurz unterscheidet zwischen einem „geronnenen“ und einem „verflüssigten Ausnahmezustand“ (Kurz: Weltordnungskrieg, S. 351-358). Der ‚geronnene Ausnahmezustand‘ steht für die ‚Normalität‘ der Verausgabung von Arbeit für den Selbstzweck der Vermehrung von Geld, die sich vom ursprünglichen Zweck der Fütterung der Militärmaschine abgelöst hat. Der Souverän kann sich von den unmittelbaren betriebswirtschaftlichen Räumen der Vernutzung von Arbeit umso mehr zurückziehen, je ‚eigenverantwortlicher‘ der Betrieb funktioniert. Dies kann jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass auch in dem betriebswirtschaftlichen Raum der Verwertung die Reduktion auf ‚nacktes Leben‘ geschieht, „das heißt auf tätige Arbeitskraft, abstrakte Leistungsverausgabung für den irrationalen Selbstzweck“ (ebd., S. 355). In der Krise kommt es zur Verflüssigung des in der ‚Normalität‘ geronnenen Ausnahmezustands und damit zu jenen Zumutungen und Repressionen von Billiglohn, prekärer Beschäftigung und Zwangsarbeit, von Lagern für Flüchtlinge, tödlichen Grenzsicherungen und Abschie-

bungen in den Tod bis hin zu den Rechtsbrüchen in den neuen Kriegen.

Diese Entwicklungen sind keine ‚Auswüchse‘, sondern bringen das zum Vorschein, was konstitutiv zum ‚Wesen‘, zum Formzusammenhang der kapitalistischen Maschinerie gehört. Der allgemeine Wille, der im staatlichen Souverän zum Ausdruck kommt, ist inhaltlich leer. Er ist so leer wie die Wertform stofflich leer ist. Jenseits aller stofflicher Qualität geht es nur um etwas Abstraktes: um die Verwertung von Wert als abstraktem Selbstzweck, um abstrakten Reichtum (statt stofflichen Reichtums), der sich wiederum in etwas Abstraktem, dem Geld ausdrückt. Der stofflichen Leere der Wertform entspricht die inhaltliche Leere des Souveräns und der mit ihm verbundenen Rechtsform.

In der Krise des Kapitalismus geht dem abstrakten Selbstzweck seine Substanz – die abstrakte Arbeit – aus. Dann aber ist auch der politische Pol der Verwertung – der staatliche Souverän – nackt. Der geronnene Ausnahmezustand verflüssigt sich und der nackte Souverän versucht mit den verbleibenden Mitteln von Repression und Despotie weiter zu betreiben, was nicht mehr zu betreiben ist: einen leeren, seiner Substanz beraubten Verwertungsprozess, der sich in Formen von Verwilderung und Barbarisierung aufzulösen beginnt.

Was nun?

Nach einem archaischen Mythos wird der Bote getötet, der eine schlechte Nachricht überbringt. Daran erinnern so manche Einwände gegen die Einsichten, die eine radi-

kale Kapitalismuskritik formuliert. Die mit ihnen verbundenen Ausweglosigkeiten, vor allem die Aussichtslosigkeit, hoffnungsvoll den Primat der Politik gegen die Ökonomie anzurufen, wenden sich gegen die KritikerInnen. Nicht die Verhältnisse, sondern die KritikerInnen der Verhältnisse scheinen die Handlungsunfähigkeit zu produzieren. Dabei geht es ja zunächst einmal darum zu erkennen, dass es unmöglich ist, in der Polarität von Ökonomie und Politik bzw. in der Politikform emanzipatorisch zu handeln. Solche Erkenntnis ist realistisch, aber mit schmerzlichen, aber notwendigen Enttäuschungen verbunden. Enttäuschungen markieren immer das Ende von Täuschungen. Marx wendet sich gegen die mit der Religion verbundenen Täuschungen. Sie – so wirft er ihr vor – sei wie eine Blume an der Kette, die gebrochen werden müsse, damit der Mensch die Kette spüre. Ein so enttäuschter Mensch könne zu Verstand, d.h. zu Einsichten kommen, die zu einem emanzipatorischen Handeln führen.

Ohne durch das Purgatorium desillusionierender Kritik hindurch zu gehen, werden sich keine emanzipatorischen Handlungsmöglichkeiten erschließen. Das Opium ist für uns heute – zumindest im und um das Netz – nicht die Religion, sondern eher das Vertrauen auf den Staat und die Politikform. Die mit solchem Vertrauen verbundenen Täuschungen gilt es zu ent-täuschen. Der Kapitalismus lässt sich nicht innerhalb der von ihm gesetzten Kategorien, wie sie in den Polen von Markt und Staat, Ökonomie und Politik, Subjekt und Objekt zum Ausdruck kommen, überwinden. Perspektiven lassen sich dann entwickeln, wenn Menschen die mit der Kri-

¹ Das gilt auch für die ‚liberale‘ Position des Rechtspositivismus, wie sie Hans Kelsen entwickelt hat. Die Legitimation des Rechts ist hier daran gebunden, dass es korrekt zustande kommt. Auch hier werden alle inhaltlichen Bestimmungen aus der rein formalen Begründung heraus gehalten. Sie sind lediglich eine Frage subjektiver Wertsysteme, die in einer Gesellschaft durch die ethische Orientierung ihrer Mitglieder zur Geltung gebracht werden. Vgl. Kurz: Es rettet euch kein Leviathan I.



Bild: "Iglesia del Convento de San Francisco de Asís" Zarateman via Wikimedia Commons (CCO)

se des Kapitalismus immer schärfer werdenden Zumutungen nicht hinnehmen, auf diese Zumutungen nicht mit Vorschlägen zur Krisenverwaltung, sondern mit emanzipatorischer Kritik reagieren und dies in kreativen und unangepassten Aktionen zum Ausdruck bringen. In diesem Sinne ist die Suche nach Handlungsmöglichkeiten wesentlich eine Bewusstseinsfrage.

Ein Horizont emanzipatorischen Handelns lässt sich sehr wohl angeben. An die Stelle des Vertrauens in den abstrakten und irrationalen Selbstzweck und das Agieren des

mit ihm verbundenen und mit ihm zusammenbrechenden politischen Souveräns müsste die Orientierung an leibhaftigen Menschen und ihren Lebenszusammenhängen treten: an den Bedürfnissen, die Menschen haben, an der Verständigung darüber, wie Menschen leben wollen. Dafür sind Räte und Planung unverzichtbar. Die dazu nötigen technischen Instrumente stehen nicht zuletzt aufgrund der mikroelektronischen Revolution zur Verfügung. Anzuknüpfen wäre an die mit dem Kapitalismus verbundenen Potentiale der Produktivität. In der Wert- und Staatsform können sie nur ihre Destruktivität entfalten.

In einem anders konstituierten gesellschaftlichen Zusammenhang kann Reichtum als stofflicher Reichtum in den Dienst selbstbestimmten Lebens treten, statt Menschen in den Dienst für die an ihre Grenzen stoßende Produktion abstrakten Reichtums zu nehmen und mit der Krise der Wert- und Staatsform in den Orkus vernichtender Barbarei zu stürzen. Es könnte sein, dass nicht mehr all zu viel Zeit für eine emanzipatorische Überwindung des Kapitalismus bleibt. Die bleibende Zeit wäre in jedem Fall für radikale Kritik und die Suche nach ihr angemessenen Handlungsstrategien zu nutzen.

Tinas schöne vorhandene Welt

Eine kleine Retourkutsche auf Tiraden von Kommentatoren aus FAZ, NZZ und ZEIT gegen die Kapitalismuskritik des

Papstes

Dominic Kloos

Laut Christoph Schäfer (Frankfurter Allgemeinen Zeitung - <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/franziskus-und-die-globalisierung-was-der-papst-verschweigt-12687456.html>), Peter A. Fischer (Neue Zürcher Zeitung - <http://www.nzz.ch/meinung/debatte/kapitalismus-fuer-alle-1.18213145>) und Josef Joffe (Die Zeit - <http://www.zeit.de/wirtschaft/2013-11/papst-kapitalismus-kritik>) lag der Papst mit seiner Kapitalismuskritik im Schreiben „Evangelii Gaudium“ vom November 2013 gänzlich daneben, da sich alles zum Besseren entwickle und es ohnehin keine Alternativen gäbe. Sie werfen ihm vor, dass der Kapitalismus nicht das Problem, sondern das Heil der Welt darstellt, da er Dank seiner (unbestrittenen) Produktivität vor allem in China, Indien, Brasilien und vielleicht auch noch Südafrika und Russland hunderte Millionen Menschen aus der (extremen) Armut befreit hat.

Dass diese Repräsentanten der Qualitätspresse in ihrer postmodernen Theoriefeindlichkeit die Meta-Ebene einer substantiellen Gesellschaftskritik nicht erreichen, ist nicht verwunderlich. Sie schaffen es gerade mal auf die Ebene der Polarität von Markt und Staat: Die einen sind der Ansicht, dass mehr Marktfreiheit für mehr Prosperität notwendig wäre, die anderen, dass nur der Finanzmarkt reguliert werden müsste – hier ein bisschen mehr Markt, dort ein bisschen weniger, dann noch die Einbettung in „Werte und Nor-

men“ der (universalisierten) Gesellschaft, die u.a. in selbstbestimmtem Glück, Chancengleichheit, Freiheit, Individualismus und auch ein wenig Solidarität liegen, und schon sind alle gesellschaftlichen Probleme gelöst. Die real existierende, globalisierte, alles zerstörende Wettbewerbsgesellschaft wird als Markt und Demokratie verherrlicht. Angesichts dieser menschenverachtenden und umweltzerstörenden Realität lässt sich dann lediglich darüber streiten, ob die Rede von Markt und Demokratie Ausdruck der unbewussten Fetischisierung gesellschaftlicher Verhältnisse oder bewusst eingesetzte Legitimationsideologie darstellt.

Die Autoren haben nicht den Hauch einer analytischen Ahnung davon, was hinter all den globalen wirtschaftlichen und politischen Prozessen steckt, die sie so verherrlichen – können sie auch gar nicht, da sie in der eisernen Form des Positivismus gefangen sind und damit keine Unterscheidung von Erscheinung und Wesen kennen. So muss ihnen die Frage nach dem, was den Kapitalismus ausmacht, also nach seinem Formzusammenhang, fremd bleiben. Sie sind Apologeten der vermeintlich selbstbestimmten (abstrakten) Arbeit, können aber nicht die Bedeutung dieser Arbeit als Grundlage der Produktion von Wert und Kapital und ihrem Schwinden durch die mikroelektronische Revolution seit den 1970/80er Jahren erkennen (mehr dazu s. [02.pdf\). Sie ‚glauben‘ nur, was sie sehen, und erkennen höchstens die Oberfläche. ‚Hardware‘ und ‚Betriebssystem‘ bleiben unerkannt, werden aber umso entschiedener affirmiert. Diese bedenkenlose Annahme der Realität, wie sie ist und nicht anders sein kann, führt zur Forderung nach mehr Chancengleichheit \(statt Gerechtigkeit\) und der Projektion von wirtschaftlichen und politischen Funktionsstörungen auf Sündenböcke – wahlweise auf den bösen Finanzmarkt, die korrupten Funktionsebenen oder die faulen Sozialschmarotzer.](http://www.oekumenisches-netz.de/NT13-</p>
</div>
<div data-bbox=)

Ihr Glaube an ihren Götzen, den Kapitalismus, von dem sie alles Heil erwarten, wenn ihm nur hinreichend geopfert wird, wurde von Papst Franziskus schwer getroffen, der in seiner Kritik aber leider auch nur phasenweise über die Marktkritik hinauskommt. Seine Ansätze müssten daher weitergetrieben werden (s. dazu http://www.oekumenisches-netz.de/Evangelii_Gaudium_Pax_Zeit-schrift.pdf). Der Papst unterscheidet sich aber deutlich vom irrationalen Vertrauen auf diesen Fetisch: Er glaubt an Wahrheit und Gerechtigkeit, und zwar universelle Gerechtigkeit für alle Menschen, sogar für die Opfer der Geschichte. Und genau hierfür steht der Gott Israels, Retter und Befreier aller unterdrückten Menschen, der sich gegen jeglichen Götzendienst wendet.

Mit dem Glauben an Wahrheit und Gerechtigkeit für alle Menschen stellt sich der Papst gegen die vorhandene, wohl doch nicht ganz so schöne Welt und das damit verbundene TINA-Syndrom (there is no alternative), wie es die Herren Autoren der seriösen Presseorgane mit einigen Zahlen suggerieren wollen. In ihren Jubelgesängen wollen sie tunlichst nicht erwähnen, dass der Hunger in vormodernen Zeiten nicht beeinflussbaren Naturkatastrophen u. ähnl. geschuldet war,

während heutzutage laut FAO 12 Mrd. Menschen ausreichend ernährt werden könnten, aber trotzdem über 830 Mio. chronisch Hunger leiden. Das heißt, dass die Produktivität und der daraus resultierende stoffliche Reichtum ein ganz anderes Leben zulassen würden, wenn nicht die kapitalistische Form, in der nur der abstrakte Reichtum (der sich in Geld ausdrücken lässt) zählt, dem entgegen stehen würde. Dies deutet bereits an, dass selbst die allseits so verehrten empirischen Fakten diesen Autoren fremd sind. So bleibt ihre Reaktion Ausdruck der Besessenheit vom ‚Fetischismus des Geldes‘, der ihre Wahrnehmungen bestimmt, und dem, was gedacht werden darf, enge Grenzen setzt. Es sind die Grenzen des Subjekts, das sich und die Welt nur in den Grenzen Markt und Staat, Ökonomie und Politik, Subjekt und Objekt denken kann. Ein selbstbestimmtes Leben von freien Individuen ohne Geld- und Warenfetisch überschreitet bei weitem den Horizont des für diese Autoren (und viele andere) ‚Denkbaren‘.



British Library HS85/10/132648 via Wikimedia Commons

Wer nur ‚in Grenzen‘ denken kann, kann am Ende nicht einmal mehr positivistisch ‚denken‘, übersieht Fakten oder vertut sich beim Zusammenzählen. So kommen z.B. folgende Fakten nicht in den Blick der positivistischen Zahlenfetischisten (Quellen: verschiedene UN-Sonderorganisationen und Nichtregierungsorganisationen):

- Etwa 3,8 Mrd. Menschen (von ca. 7,1 Mrd. ErdbewohnerInnen) haben täglich weniger als 2 USD zur Verfügung, davon über 1,2 Mrd. mit weniger als 1,25 USD.
- Ca. 20.000 Menschen verhungern jeden Tag.
- SklavInnen weltweit: ca. 30 Mio. (in Europa: 880.000).
- Kinder in ausbeuterischer Arbeit weltweit: ca. 170 Mio.
- Etwa 33% aller Kinder weltweit leben in Slums.
- 270 Mio. Arbeitsunfälle weltweit, davon 2,2 Mio. tödlich (jährlich).
- Ca. 67% aller ‚Beschäftigten‘ arbeiten im informellen Sektor und sind damit sozial ungesichert.
- In 130 Ländern arbeiten ca. 66 Mio. in Freien Exportzonen (FEZ).

- In und außerhalb der FEZ herrschen für hunderte Mio. Beschäftigte weltweit bei der Produktion von IT-Produkten, Haushaltsgeräten, Spielzeug, Textilien- und Bekleidung u.v.m. folgende Bedingungen: Nichtexistenzsichernde Löhne, überlange Arbeitszeiten von 10-14 Stunden an 6-7 Tagen die Woche (mit max. 1-2 Wochen ‚Jahresurlaub‘), kaum Schutz durch Gewerkschaften, Diskriminierung von Frauen, kaum Arbeits- und Gesundheitsschutz.
- Noch krassere Ausbeutungsformen sind bei der Gewinnung etlicher Rohstoffe wie Gold, Coltan, Kohle, Natursteine oder Baumwolle ... zu finden.
- Und was vom Kapitalismus genau so gerne ignoriert wird und aktuell fast apokalyptische Ausmaße annimmt, sind die ökologischen Folgen: Auslaugen und Verseuchung von Böden, Zerstörung ganzer Landstriche, Verschmutzung von Flüssen, Austrocknung von Seen, Abholzung von Wäldern, Leerfischen der Meere, industrielle Massentierhaltung und ‚natürlich‘ der menschengemachte Klimawandel...
- Die relative Armut in Form der zunehmenden Ungleichheiten wird – auch von den Autoren – oft als vernachlässigbar angesehen, obwohl im ach so reichen Europa, immer mehr Menschen obdachlos werden, die Gesundheitsversorgung für die Mehrheit schlechter, die Bildung immer teurer

- wird und Menschen sogar an Hunger sterben oder vor Kälte erfrieren.
- In Deutschland ist jedes fünfte Kind arm, 4,1 Mio. ArbeitnehmerInnen verdienen weniger als 7 EUR brutto Stundenlohn, 7,6 Mio. sind geringfügig entlohnte Beschäftigte, fast 300.000 Menschen sind obdachlos. Übrigens sind die Zahlen zur relativen Armut in den von den Autoren genannten großen ‚Armutsbekämpferländern‘ China und Indien nicht nur quantitativ noch viel gewaltiger.
- Diese Liste müsste noch um die Opfer von Kriegen und alltäglicher Gewalt in der kapitalistischen Ära der letzten Jahrhunderte bis heute erweitert werden, ebenso um die gigantischen Ausmaße der globalisierten Flüchtlingsströme (45 Mio., wovon nur ein Bruchteil über die Grenzen der Festungen Europa und USA gelangt), die im Krisenkapitalismus – und da hat der Papst wieder recht – ‚überflüssig‘ geworden sind, was dieses globalisierte Gesellschaftssystem mit einem befreiten Menschsein unvereinbar macht.

Theologische Reflexion

Im Netztelegramm soll in Zukunft vermehrt über theologische Aspekte reflektiert werden. Wir gehen davon aus, dass der Kapitalismus mit seiner zerstörerischen Dynamik auch theologisch ‚zu denken‘ gibt. Aktuell findet im Bistum Trier die Synode statt. Zu ihren zentralen Herausforderung dürfte die Suche nach einer Kirche sein, die sich den Leiden der Menschen und den damit verbundenen dramatischen gesellschaftlichen Herausforderungen stellt. Dies erfordert andere Orientierungen als der herrschende pastorale Betrieb mit seinen markt-konformen und inhaltleeren religiösen Angeboten religiöser Wohlfühl- und Eventangebote. Zu fragen wäre nach einem Verständnis von Kirche und einer kirchlichen Praxis, die im Gottesglauben selbst verwurzelt sind, nach einer Sozialpastoral, in der der Gottesglaube lebendig ist und die nicht erst nachträglich als ‚Konsequenz‘ des Glaubens – gar noch um seine Glaubwürdigkeit zu demonstrieren – verstanden wird. Eine solches Sicht von Kirche formulierte PAUL FREIALDENHOVEN, Seelsorger im Heinrich-Haus in Neuwied-Engers, im Rahmen einer Predigt vom 9. Februar 2014.

Eine Kirche an der Seite der Armen

Das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit für diese Erde erkennen wir vor allem im Messias Jesus. In seinem Reden und Handeln, in seinem Kreuz und in seiner Auferstehung lässt Gott sein Reich und seine Gerechtigkeit geschichtliche Wirklichkeit werden.

In seiner Lebenspraxis und in seiner Verkündigung des Reiches Gottes will Jesus das Volk Israel neu zu Gottes Volk sammeln. Es soll den Völkern Zeugnis geben von seinem Gott und seiner Gerechtigkeit. Dabei wendet sich Jesus vor allem an die Armen und Ausgegrenzten. Das Reich Gottes gilt denen zuerst, die es am nötigsten haben, weil sie als Arme von der gerechten Verteilung der Güter ausgeschlossen sind. Es lässt sich jedoch nicht auf das Abspeisen mit materiellen Gütern reduzieren, sondern zielt auf die Anerkennung des Anderen in seiner Würde. Dabei hat es all diejenigen im Blick, die unterdrückt und an den Rand gedrängt, abgewertet und verachtet sind, denen Respekt und Anerkennung verweigert werden.

Die Wirklichkeit dieses neuen Lebens findet in den ChristInnenengemeinden und ihrem Weg der Nachfolge Jesu einen sozialen Ort. Da steht die Gemeinde bei den Armen und sichert ihre Würde. Da weint sie mit den Trauernden, weil ihr das Leid der Menschen nicht fremd ist und kalt lässt; da tritt sie mit denen, die reinen Herzens und barmherzig sind für den Frieden und die Verständigung unter den Völkern ein. Da steht sie auf der Seite der Ausgegrenzten und Überflüssigen und stiftet neue Lebensmöglichkeiten.

Solche Gemeinschaften sind das Salz der Erde – das Licht der Welt.

„Ihr seid das Salz der Erde“. So einfach steht es da. Ihr seid das Salz für die Welt. Es reicht nicht, wenn wir als Gemeinde unter uns bleiben, schon gar nicht hinter verschlossenen Kirchtüren. „Die Kirche darf nicht zum Ofen werden, der nur sich selbst wärmt“ (Karl Rahner). Wovon wir als Gemeinde leben, was unser Herz ist, muss für Menschen erfahrbar sein, ihnen gut tun, zum Leben führen.

... weil Gott im Zentrum des Dienstes der Kirche steht

Soziales und politisches Engagement gehören damit zum Grundauftrag der Kirche. Der Dienst an der Würde des Menschen, der Einsatz für soziale Gerechtigkeit und für die sog. Menschenrechte stehen im Zentrum des Dienstes der Kirche, weil Gott im Zentrum ihres Dienstes steht und die Vereinigung mit Gott und die Einheit der ganzen Menschheit nicht voneinander zu trennen sind. Pastoral darf nicht einfach auf innerkirchliches Handeln verkürzt werden. Sie umfasst die Gesamtheit des Handelns der Kirche in der Welt. Eine Kirche, die nicht den Menschen dient, dient zu nichts.

Der Weg des Volkes Gottes durch die Zeit kann nicht abstrakt gegangen werden. Er ist immer geschichtlich konkret. Deshalb gibt es die Kirche als Volk Gottes nur im Kontext von Geschichte und Gesellschaft. „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Jesu.“ Ihren Auftrag kann die Kirche nur erfüllen, wenn sie sich den Herausforderungen der jeweiligen geschichtlichen Situation stellt. Daher hat sie die Pflicht, nach den Zeichen der Zeit zu forschen und sie im Lichte des Evangeliums zu deuten. Es gilt also, die Welt, in der wir leben, ihre Erwartungen, Bestre-

bungen und ihren dramatischen Charakter zu erfassen und zu verstehen.

Die Option für die Armen und Ausgegrenzten, den Mundtotgemachten und Überflüssiggemachten ist so sehr mit dem Evangelium verbunden, dass es nur in diesem Horizont verstanden werden kann. Sie ist nicht eine nachträgliche karitative und politische Konsequenz, die aus dem Glauben gezogen wird. Sie gehört vielmehr zum inneren Kern des Glaubens. Ohne die grundlegende Nähe Jesu zu den Armen und den Leidenden lässt sich christologisch nicht sagen, wer Jesus ist. Ohne Parteinahme für die Armen heute, ohne den Weg der Solidarität und Gerechtigkeit gibt es keine Nachfolge Jesu, keine Erkenntnis und Praxis des Reiches Gottes und seiner Gerechtigkeit.

Die Zeichen der Zeit im Licht des Evangeliums deuten, heißt: Die persönliche Beziehung der Menschen zu Gott wird in gemeinschaftlichen Zusammenhängen gelebt. In der Ausgrenzung von Menschen, in der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, in der Geschichte der Menschheit als Leidensgeschichte sehen wir eine wesentliche pastorale Herausforderung. In den Schreien der Menschen, in ihren Nöten und Klagen hören wir den Anruf Gottes, uns für eine Welt in Gerechtigkeit und Solidarität einzusetzen. In den Bemühungen um Gerechtigkeit und Befreiung erleben und erkennen wir Gottes Reich, die Aufrichtung des Hingerichteten, den Anfang der neuen Welt Gottes. Und so sind wir Salz für die Erde, das Licht der Welt. Amen.

Impressum:

Netz-Telegramm März 2014

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar

Redaktion: Dominic Kloos, Geschäftsstelle des Ökumenischen Netzes,

Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar e.V.

Löhrstr. 51 · 56068 Koblenz

Tel.: 0261 – 29681691

e-mail: info(at)oekumenisches-netz.de

Bankverbindung: Sparkasse Koblenz, Kto. 40 001 877, (BLZ 570 501 20)

Die Arbeit des Ökumenischen Netzes wird gefördert durch Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse von Brot für die Welt/Evangelischer Entwicklungsdienst, aus den Kirchen sowie aus Spenden.

Auflage: 750

März 2014

Layout: Elke Wetzig, Köln

Druck: Knotenpunkt e.V., Buch

Nachrichten aus der Region

„Koblenzer Winterreise“

Am Sonntag, den 23. März, lädt das Dekanat Koblenz in Kooperation mit dem Caritasverband Koblenz-„Menschen ohne Wohnung“ und zwei Vereinen der Wohnungslosenhilfe – Die Schachtel e.V. und Der Steg e.V. – zur Koblenzer Winterreise ein. Beginn 18.00 Uhr. Eintritt frei.

Die Koblenzer „Winterreise“ ist ein Kunstprojekt von Stefan Weiller, das Einblicke in die Lebenswelt und Leidenswelt sozial ausgegrenzter und wohnungsloser Menschen geben will.

Der vertraute Liederzyklus mit alten Liedern von Franz Schubert und sozialkritischen Texten von Wilhelm Müller wird bei diesem Projekt durch Lebensgeschichten und Erzählungen heutiger Wohnungsloser ergänzt. Ein Projekt, das Lesung, Konzert, Theater und Dokumentation zugleich ist.

An jedem Ort neu, anders und mit sozial ausgegrenzten, wohnungslosen Menschen speziell erarbeitet, ermöglicht das Kunstprojekt von Stefan Weiller eine ungewohnte Sicht auf Menschen und ihre Städte. Für jeden Aufführungsort entstehen neue Texte, eine neue Regie, neue musikalische Bearbeitungen. Das Kernstück der jeweiligen Aufführung bilden die von Projektinitiator Stefan Weiller geschriebenen Texte. Sie entstehen jeweils vor Ort auf Grundlage von Interviews, die er mit wohnungslosen und sozial ausgegrenzten Menschen führt. Sprechende

rInnen der Texte sind in Koblenz Helmut Krauss, die markante Synchron-Stimme von Samuel L. Jackson, und an seiner Seite die bekannte SWR-Moderatorin Stefanie Tücking. Musikalisch wird neben Solo-SängerInnen das Koblenzer Ensemble mandacaru zu hören sein.

Das Projekt will vor allem: für das Leid obdachloser Menschen sensibilisieren und wach rütteln – eine politische Debatte über Armut und deren erschreckende Folgen anregen und sich stark machen für das bedingungslose Recht auf Teilhabe und Obdach eines jeden Menschen.

Zusätzlich zur Aufführung gibt es Begleitveranstaltungen, die zu Systemanalyse und kritischen Auseinandersetzung einladen.

Susanne Schneider
Fachkonferenz Sozialpastoral im Dekanat Koblenz

Begleitveranstaltungen zur Aufführung, organisiert von der Fachkonferenz Sozialpastoral im Dekanat Koblenz, Steg e.V. und Ökumenischem Netz:

„Diese Wirtschaft tötet“

Die Kapitalismuskritik des Papstes als gesellschaftliche und kirchliche Provokation

In seinem jüngst veröffentlichten Schreiben zur Evangelisierung evangelii gaudium verbindet Papst Franziskus die Verkündigung des Evangeliums mit der Kritik am Kapitalismus.

Im **Glaubensgespräch am 27. März um 19.30 Uhr im Kurt-Esser-Haus, Medienladen, Markenbildchenweg 38, Koblenz**, werden wichtige Akzente des päpstlichen Schreibens vorgestellt und diskutiert.

Herbert Böttcher, Pastoralreferent im Dekanat Koblenz und Günther Salz, KAB, führen durch das Gespräch.

Broschüre von Steg, pax christi Koblenz, Runder Tisch für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung sowie Ökumenischem Netz zur Koblenzer Winterreise: Sozialabbau – Verarmung – Wohnungsnot. Zahlen, Fakten, Gründe. Eine weitere Broschüre in der Reihe „Koblenz – Klartext von unten“.

„Kein Platz für Obdachlose – Wohnraum muss sich lohnen“

Koblenzer Sozialforum am 1. April um 19.30 Uhr im Café Atempause in der Christuskirche (Hintereingang von Werth-Straße) lädt zum kritischen Nachdenken über die soziale Kälte und den Ausschluss von immer mehr Menschen in unserer globalisierten Gesellschaft. Es wird nach Hintergründen und Ursachen wachsender Wohnungsnot gefragt und dargelegt, wie dieses erschreckende Phänomen mit der Krise des Kapitalismus zusammenhängt.

Für Impulse stehen Herbert Böttcher, Pastoralreferent im Dekanat Koblenz, und Dominic Kloos, Referent beim Ökumenischen Netz, zur Verfügung.

Nein zum Kapitalismus, aber wie?

Unterschiedliche Ansätze von Kapitalismuskritik



Das Ökumenische Netz Rhein-Mosel-Saar e.V. hat zum Geburtstag von drei lang-jährigen Mitgliedern Ende 2013 eine Festschrift herausgegeben. Darin werden verschiedene Zugänge zur Kapitalismuskritik dargestellt. Genau dies macht die Diskussionslage im ‚Netz‘ deutlich: Kapitalismuskritik ist als zentrale Herausforderung anerkannt. Gestritten wird, wie sie angemessen zu formulieren ist.

Weitere Informationen und Bestellung im Netzbüro (siehe Impressum S. 10), kostenloser Download der Festschrift unter <http://www.oekumenisches-netz.de/festschrift-final-web.pdf>.



März

23.3., 27.3. und 1.4., Koblenz
„Koblenzer Winterreise“

und Begleitveranstaltungen, inkl. Sozialforum.
Siehe Meldung auf Seite 11.

April

21.4., ab 14 Uhr, Gewerbegebiet Büchel:
**Kundgebung in der Nähe des Haupt-
tores am Fliegerhorst Büchel**

mit Alyn Ware (PNND, alternativer Frie-
densnobelpreis), Bernd Hahnfeld (IALANA),
Anne Solbach-Freise (Stiftung Zivilcourage),
der Sängerin Blue Flower u.a.

Veranstalterin: Internationaler Versöh-
nungsbund, Regionalgruppe Cochem-Zell,
Infos: Dr. Elke Koller, Tel: 02653-3220,
dr.elke.koller@t-online.de

29.4. Koblenz - Gau-Algesheim - Ingelheim
- Mainz

**Pilgertag des Ökumenischen Netzes
und seiner Mitgliedsgruppen zur
Ökumenischen Versammlung in
Mainz**

(Programm wird in Kürze veröffentlicht),
Infos und Anmeldung: Netzbüro (s. Impres-
sum S. 10)

Mai

30.4.-4.5.2014, Mainz, Ökumenische Ver-
sammlung. „Leben statt Zerstörung – Die
Zukunft, die wir meinen“, 5 Podiumsdiskus-
sionen, über 100 Workshops, Kulturelles
u.v.m., Infos: Netzbüro (s. Impressum S. 10)
und unter www.oev2014.de

4.5., 10 Uhr, Polch, Ev. Gemeindezentrum
Uhlandstr.9.

Gottesdienst im Kontext des 1. Mai

der Ev. Kirchengemeinde Polch, der KAB im
Bistum Trier und des Ökumenischen Netzes
Rhein-Mosel-Saar. Infos im Netzbüro, s.
Impressum S. 10

19.5., 19 Uhr, Bischöfliches Cusanus-Gym-
nasium/Klangraum, Hohenzollernstr. 13-
17, Koblenz

**Brasilien 2014. Hinter den Kulissen
der Fußball-WM**

Referent: Hans Josef Wüst, Pfarrer i. R. ,
Frankfurt.

Veranstalter: Katholisches Forum Koblenz
(Bischöfliches Cusanus-Gymnasium, Dekana-
t Koblenz, KEB Koblenz, Philosophisch-
Theologische Hochschule Vallendar)

Juni

4.6., 18.15 Uhr, Koblenz Karthause, Hoch-
schule, Konrad-Zuse-Straße 1

**Entwicklung – Wirkung – Evaluation.
Was macht Entwicklungspolitik?**

Podium zu Fragen der Entwicklungszusam-
menarbeit mit VertreterInnen aus Zivilge-
sellschaft und Wissenschaft. Veranstalter:
Asten der beiden Koblenzer Hochschulen,
Hochschule Koblenz, KHG Koblenz, Lan-
deszentrale für politische Bildung RLP, Öku-
menisches Netz R-M-S, Weltladen Koblenz.
Infos: Netzbüro (s. Impressum S. 10)

Juli

25.6.-25.7., Saarbrücken, Saarlouis, Saar-
wellingen, St. Wendel

**Aktionsmonat „Militarisierung der
Gesellschaft“**

(Veranstaltungshinweise zur Militärseelsor-
ge, Bundeswehr an Schulen, Rüstungsex-
porten usw. werden in Kürze veröffentlicht).

Infos: Netzbüro (s. Impressum S. 10)

19.7., Polch, Ev. Gemeindezentrum,
Uhlandstr.9.

**Netzversammlung: Wert-Abspaltung
– Das Patriarchat in der Krise des
Kapitalismus**

(als Referentin ist Roswitha Scholz angefragt).

Infos: Netzbüro (s. Impressum S. 10)



Oekumenische Versammlung

Mainz 30.04.–04.05.2014

„Die Zukunft, die wir meinen – Leben statt Zerstörung“

Gerechtigkeit · Frieden · Bewahrung der Schöpfung

